

Informationen des Stadtverbandes 11-2018

„Ein Zeitungsleser packt aus!“

Skandal in Bremerhaven: Mit den Ergebnissen einer Umfrage des ZEB Bremerhaven wird von verschiedenen Seiten plakativ das Bremische Schulgesetz angegriffen. Mit dessen Novellierung im Jahre 2008 sollte dem Recht aller Menschen auf bestmögliche Bildung in einer inklusiven Gesellschaft Nachdruck verliehen werden. Die darin eingebundene Perspektive einer gemeinschaftlichen Herangehensweise wird – trotz eines gesetzlichen Auftrags – in Frage gestellt.

Ein Insider, der sich nicht traut, die Berichterstattung der Nordsee-Zeitung in ihrer Monopolstellung öffentlich anzugreifen und deshalb seinen Namen nicht nennen möchte, der GEW aber wohl bekannt ist, wirft einige grundlegende Fragen auf:

- Welche Bedeutung kommt der Bremer Landesverfassung als Richtschnur für Bildung in der Auseinandersetzung überhaupt noch zu?
- Welche Verpflichtung auf das Wohlergehen der Stadtgesellschaft sehen die verschiedenen Kommentator*innen als relevant an?
- Welcher Stellenwert wird Ergebnissen pädagogischer Forschung beigemessen?
- Legt die Zeitung jetzt aus, was demokratisch angemessen ist?
- Auf welcher empirischen Grundlage wird argumentiert?

Soweit unsere Reminiszenz an die Rhetorik der letzten Tage, mit der Authentizität, Betroffenheit und vermutlich vieles mehr erzeugt werden sollte.

Aber endlich traut sich mal jemand ...

Ja, es stimmt, es darf nicht jede/r Mitarbeiter*in im Öffentlichen Dienst einfach nach außen treten und individuell Einschätzungen über seine Arbeit verlautbaren. Es gibt ein, im Übrigen demokratisch legitimes Dienstrecht, das alle Beschäftigten unterschrieben haben. Dieses regelt auch die Interessenvertretung durch Personalräte und setzt das Koalitionsrecht, also die Möglichkeit, sich in Parteien und Gewerkschaften zu organisieren, nicht außer Kraft.

Eine Einflussnahme auf etwaige Missstände gelingt insbesondere, wenn man sich in einer der genannten Organisationen engagiert und am Willenbildungsprozess dort teilnimmt.

Also: Wir verstecken uns nicht in der Anonymität, sondern positionieren uns als Bildungsgewerkschaft, die eine

namhafte Zahl von Kolleg*innen vertritt. Wir stehen auch gut da, haben wir doch unsere Positionen im Laufe der vergangenen Jahre stetig an der Realität entwickelt.

Deshalb gilt:

- Die Inklusion ist als pädagogische Perspektive richtig;
- das Bildungssystem in Bremen ist dramatisch unterfinanziert;
- die Umsetzung der erstrebenswerten inklusiven Perspektive wird dadurch erheblich erschwert und in ihrer Akzeptanz geschwächt;
- dies liegt insbesondere daran, dass wesentliche Zusagen hinsichtlich der Absicherung des Prozesses (Unterstützungssysteme, Personalschlüssel ...) nicht eingehalten wurden;
- trotz des „Schulkonsenses“ wird die Auseinandersetzung um das „System“ unvermindert geschürt. Partial- und Einzelinteressen werden unvermittelt geltend gemacht.

Für den Personenkreis, der dem sachlichen Diskurs dessen ungeachtet tatsächlich noch etwas abgewinnen kann, hier einige Anregungen zum weiteren Nachdenken – bezogen auf die 5 Fragen unseres „anonymen Bekannten“ von weiter oben:

- Landesverfassung und Schulgesetz in Bremen stellen die Aufgaben der Schule in den Zusammenhang von Aufbau und Erhalt einer demokratischen Gesellschaft. Eine Verengung beispielsweise auf die Wünsche der Unternehmen, welche die Verwertbarkeit der Arbeitskräfte für den Produktionsprozess in den Mittelpunkt stellen, steht dort nicht.
- Dass Eltern Schule zunächst aus dem Blickwinkel der eigenen Kinder betrachten, ist nachvollziehbar. Dennoch steht niemand für sich allein. Die „Stadtgesellschaft Bremerhaven“ ist über Jahrzehnte gut damit gefahren, großen Wert auf integrierende Schulen zu legen. Gerade die Kritiker sollten überlegen, welcher Preis für einen verschärften Konkurrenzkampf von der Gemeinschaft zu zahlen ist.
- Auch die Wissenschaft ringt an verschiedenen Stellen mit dem Erkenntnisfortschritt. Die OECD, im Ansatz wenig gewerkschaftsfreundlich, bestätigte jüngst in einer weiteren Studie, dass benachteiligte Schüler*innen in nicht benachteiligten Schulen deutlich bessere Leistungen erbringen. Auch der Hinweis, dass für benachteiligte Schüler*innen und Schulen mehr Mittel fließen müssen, ist bedenkenswert (nachzulesen in der NZ 24.10.18).

Informationen des Stadtverbandes

11-2018

- Bei allem Engagement der Eltern muss der empirische Gehalt ihrer Umfrage hinterfragt werden. Eine tragfähige Einschätzung kann beispielsweise nur auf der Grundlage der Verteilung eingegangener Antworten über die Schulen gelingen. Die von der Nordsee-Zeitung eingebrachten Kronzeugen wirken wenig glaubwürdig. Formulierungen wie „Sie wisse sogar von ..“ überzeugen nicht, anonym verbleibende Quellen entziehen sich der Auseinandersetzung. Ein „zurück zur Sache“ wäre tatsächlich hilfreich.
- Wenn Daten mit einiger Brisanz an die Öffentlichkeit gehen, dann fordert das den Widerspruch durchaus heraus. Dass Gegenpositionen mit der nötigen Klarheit formuliert werden, gehört zum Ringen „um den besten Weg“. Den

„Kritikern“ vorzuwerfen, sich als einer Demokratie unwürdig zu verhalten, ist der Presse in einer Demokratie unwürdig. Jeder, auch das gehört zum Wesen der Demokratie, ist nicht davor gefeit, sich der Kritik stellen zu müssen.

Wohin wird nun der Konflikt führen? Wenn es gut lief, könnte man endlich auf eine verbesserte Bildungsfinanzierung hoffen. Das wird, wenn überhaupt, mit Verweis auf 2020 (Neuregelung des Länderfinanzausgleichs) noch dauern. In der eigentlichen Tiefe der Auseinandersetzung geht es aber um mehr als „nur“ um Bildung, nämlich die politische Justierung des Bundeslandes. Daran wird weiterhin mit harten Bandagen gearbeitet, auch über den 26. Mai 2019 hinaus.

Kleiner Nachtrag, denn:

Die Meldungen über das schlechte Bildungssystem reißen nicht ab!

14 Tage nach der ZEB-Umfrage und eine Woche nach „Betriebe geben Nachhilfe“ lesen wir in der Nordsee-Zeitung neue Klagen „der Wirtschaft“. Von einem „Abitur light“ ist die Rede und von mangelnder „Anschlussfähigkeit der Schüler“, fehlenden „mathematischen und orthografischen Grundkenntnissen“, mangelnder Lesekompetenz sowie „mangelnden lebenspraktischen Kenntnissen und Fertigkeiten“ i.S. fehlender Reife und Pünktlichkeit.

Besiegeln die Elternräte an Gymnasien und der CDU-Wirtschaftsrat damit endgültig das Ende eines vermeintlich gescheiterten Bremer Schulsystems?

Nein, nein!

Die Rede ist von Niedersachsen, einem – im Gegensatz zu Bremen – „glücklicherweise“ noch durchgegliederten Schulsystems!

Schon `mal vormerken

Mo., 3. Dezember, 16-18 Uhr

„Wege in die Rente“

Veranstaltung für Angestellte.

Referent: Herr Kahns, Deutsche Rentenversicherung

(Bitte bis zum 28.11. in der Geschäftsstelle anmelden)

Sitzungssaal im Gewerkschaftshaus, 4. OG

Mi., 5. Dezember, 16 Uhr

Mitgliederversammlung der GEW Bremerhaven

(s. gesondert beigelegte Einladung)

Arbeitnehmerkammer, Barkhausenstr. 16, Großes Forum

u.a. Vortrag und Diskussion mit Frau Prof. Dr. Mechthild Schrooten

Do., 6. Dezember, 16-18 Uhr

„Wege in die Pension“

Veranstaltung für Beamte

Referentin: Jutta Otto

(Bitte bis zum 3.12. in der Geschäftsstelle anmelden)

Sitzungssaal im Gewerkschaftshaus

A13/E13 für alle – letzte Meldung

Gesetzesvorlage in der Behörde „in Arbeit“ –

Resolution durch A12-Versammlung verabschiedet

– Unterstützung durch Kolleg*innen erbeten –

BG-Sprecher*innen haben Resolution elektronisch

vorliegen und bringen diese in die Schulversamm-

lungen ein – Beschlüsse bitte der GEW mitteilen –

neuer Termin für A12-Kolleg*innen:

Montag, 17.12., 17 Uhr, R204 im Gewerkschafts-

haus